Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch.

Von H. H. von Wellenthin.

Frontwechsel der deutschen Regierung am 27. Juli 1914. — Londons Anregung zur Vermittlung zwischen Wien und Petersburg angenommen. — Direkte Besprechung zwischen Oesterreich und Rußland vorgeschlagen. — Wien von Berlin von der Vermittlungsaktion in Kenntnis gesetzt. — Erste Anregung zu Kaiserdepeschen. — Serbiens Antwort. — Rußland trifft weitere Mobilmachungs-Maßregeln.

II.

Die zweite Phase der Ereignisse, welche zum europäischen Krieg führen sollten, und die Verhandlungen, welche ihn nicht zu verhüten vermochten und, je nach der Auffassung, auch nicht verhüten wollten, umfaßt eine Zeitspanne von nur vier Tagen, vom 24. bis zum 27. Juli 1914. Die den Gegenstand dieser Besprechung bildende, von der deutschen Regierung veröffentlichte Sammlung: „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" umfaßt 140 Aktenstücke (No. 139—278) aus dem amtlichen Verkehr der maßgebenden Stellen in Berlin mit der diplomatischen Vertretung im Ausland und mit dem Kaiser auf dessen Nordlandfahrt. Das erste Dokument knüpft an die Note Wiens an Belgrad und an die erwartete Kriegserklärung Oesterreich-Ungarns an Serbien an und ist vom deutschen Staatssekretär des Auswärtigen an den Botschafter unter dem 24. Juli (Dokument 142) gerichtet und lautet:

„Es wäre uns erwünscht, wenn Kriegserklärung an Serbien auf direktem Wege und nicht durch unsere Gesandtschaft erfolgte. Unser Standpunkt muß sein, daß Auseinandersetzung mit Serbien interne österreichisch-ungarische Angelegenheit sei, in die uns ebensowenig wie anderen eine Einmischung anstände, daß wir deshalb daher für Lokalisierung des Konflikts eintreten. Erst wenn Rußland sich einmischen sollte, würden wir in Konflikt hineinbezogen. Kriegserklärung durch unsere Gesandtschaft würde aber in der Oeffentlichkeit, namentlich bei dem mit diplomatischen Gebräuchen nicht vertrauten Publikum, Anschein erwecken, als hätten wir in den Krieg gehetzt."

Das letzte Dokument aus diesem Zeitraum der vier Tage vom Reichskanzler an den Botschafter in London vom 27. Juli (D. 278), hat folgenden Wortlaut:

„In dem von Sir Edward Grey gewünschten Sinne haben wir Vermittlungsversuche in Wien sofort eingeleitet. Außer dieser englischen Anregung haben wir überdies Graf Berchtold (österr.-ung. Auslandminister) auch den Wunsch Sasonows auf direkte Aussprache mit Wien unterbreitet."

Kennzeichnend für den Gang der Entwicklung sind zudem die folgenden vier Dokumente, welche das Drängen zum Kriegsausbruch anzeigen:

1. — Der (deutsche) Gesandte in Belgrad an das (Berliner) Auswärtige Amt vom 24. Juli: Die Militärs fordern kategorisch die Ablehnung der (österr.-ung.) Note und Krieg. Die Mobilisierung ist bereits in vollem Gange (D. 158.)

2. — Der (deutsche) Botschafter in Wien an das (Berliner) Auswärtige Amt vom 27. Juli: Man hat hier beschlossen, morgen, spätestens übermorgen, offizielle Kriegserklärung (an Serbien) zu erlassen, hauptsächlich, um jedem Interventionsversuch den Boden zu entziehen. (D. 257.)

3. — Der Generalkonsul in Warschau an das Auswärtige Amt vom 24. Juli 1914: Alle Truppen sind aus den Manövern zurückberufen worden; viel Infanterie, außerdem Ulanen auf dem Brester Bahnhof angeblich nach Lublin und Kowel verladen; während der ganzen Nacht auf der Brest-Litowsk-Chaussee verkehrten hunderte von Militärautomobilen, bisher sind keine Reservisten einberufen.

4. — Der Reichskanzler an den Botschafter in Petersburg vom 26. Juli: Wie bereits ein Telegramm unter No. 126 angedeutet, würden vorbereitende militärische Maßnahmen Rußlands, die irgendwie eine Spitze gegen uns hätten, uns zu Gegenmaßregeln zwingen, die in der Mobilisierung der Armee bestehen müßten, da uns Frankreichs Verpflichtungen gegenüber Rußland ja bekannt sind. Wir können nicht annehmen, daß Rußland einen solchen europäischen Krieg entfesseln will...

In diesen Dokumenten stellt sich der Gang der Entwicklung der Verhältnisse zum Kriegsausbruch in seiner zweiten Phase dar. Aus dem Aktenmaterial dieser vier Tage ergiebt sich folgendes:

1. — Die Auffassung der deutschen Regierung, daß der österreichisch-serbische Zwist eine lediglich interne Angelegenheit zwischen diesen zwei Ländern bilde, in welche sich einzumischen keinem andern zustände, hat sich durchzusetzen nicht vermocht.

2. — Die Streitfrage zwischen Oesterreich und Serbien erweitert sich zu einer österreich-russischen Angelegenheit und dadurch zu einem europäischen Problem.

3. — Die Auffassung des Dreiverbandes, daß solchem Problem gegenüber die internationale Vermittlung am Platz sei, setzt sich, der Stellungnahme in erster Linie Englands entsprechend, durch.

4. — Deutschland sieht sich gezwungen, seinen Standpunkt der Nichtvermittlung aufzugeben und erklärt sich zur Teilnahme an der Vermittlungs-Aktion bereit.

5. — Während diese Vermittlungs-Verhandlungen im Gange sind, bereitet Oesterreich die Kriegserklärung an Serbien und Rußland die allgemeine Mobilmachung, welche den Krieg bedeutet, vor.

6. — Die Wiener Regierung hat bis zum 27. Juli immer noch geglaubt, durch eine schnelle Kriegserklärung an Serbien jeden Interventionsversuch anderer den Boden entziehen zu können.

7. — Deutschland findet sich bereits mit einem Vertagen der Möglichkeit vor, den österreichisch-serbischen Konflikt lokalisieren zu können ab, und weist auf die sich aus etwaigen militärischen Maßnahmen Rußlands, die den europäischen Krieg entfachen müßten, entstehende Notwendigkeit, entsprechende Gegenmaßregeln zu treffen, hin.

* * *

Man muß die Bewertung des Resultats der Entwicklung zum Kriegsausbruch während des Zeitraums der vier Tage zu Ende des Monats Juli 1914 auf Grund des nunmehr vorliegenden deutschen Aktenmaterials einstellen unter den Gesichtspunkt: einmal des Eindrucks, welchen die serbische Antwort auf die österreichisch-ungarische Serajewo-Note hervorgerufen; dann die sich immer deutlicher dokumentierende Stellungnahme Englands den weiteren Entwicklungsmöglichkeiten gegenüber; drittens der nunmehr bereits betriebenen Vorbereitungen seitens Rußlands für den europäischen Krieg. Diese drei Faktoren haben augenscheinlich den Frontwechsel mit bestimmt, welchen die Berliner Regierung, entsprechend des eingangs angeführten Schreibens des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, am 27. Juli, 11.50 abends, dem Hauptelegraphenamt in Berlin übermittelt, vorgenommen hat. Dieser Frontwechsel bestand darin, daß man die Idee der Nichtintervention fallen ließ und selbst eine Vermittlungsaktion in Wien einleitete. Er wurde vorgenommen in der Erkenntnis, daß eine Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts unter den obwaltenden Umständen nicht mehr möglich und die Gefahr eines europäischen Krieges so nahe gerückt war, daß ein Versuch, diesen durch eine Vermittlungsaktion zu verhüten, geboten schien. Die erstere Möglichkeit war nicht zum mindestens durch die Langsamkeit, mit welcher der Regierungsapparat in der habsburgischen Doppelmonarchie arbeitete, beseitigt worden. Der Umstand, daß sich Wien stets mit Budapest ins Einvernehmen zu setzen hatte, bevor die Entscheidung getroffen werden konnte, ließ den psychologischen Moment, in welchem die Nachwirkung der Mordtat von Serajewo noch lebendig war, unbenutzt vorübergehen. Heißt es doch in einem Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiser vom 27. Juli (D. 245), Oesterreich schiene erst am 12. August in kriegerische Aktion eintreten zu wollen.

Was die serbische Antwort auf die österreichisch-ungarische Serajewo-Note anbetrifft, so ist der unmittelbare Eindruck, welchen sie in den deutschen maßgebenden Kreisen hervorrief, bemerkenswert. Man war in Berlin augenscheinlich etwas nervös geworden, denn der deutsche Reichskanzler instruierte am 27. Juli (D. 246) den Botschafter in Wien, den Text der Antwortnote „umgehend" zu drahten. Auch diese Verzögerung stellt, falls sie nicht gar von Wien beabsichtigt war, um einem etwaigen Frontwechsel Berlins vorzubeugen, eine unerklärliche Hinausziehung dar. Als dann der erbetene Text am 27. Juli, nachmittags, in Berlin eingetroffen (D. 271) und dem Kaiser übermittelt worden war, machte dieser folgende Randbemerkung: „Eine brillante Leistung für eine Frist von blos 48 Stunden. Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien, und Giesl (der österreichische Gesandte, der nach der Empfangnahme der serbischen Note am 25. Juli Belgrad unverzüglich verlassen hatte, weil die Antwort als unbefriedigt betrachtet wurde) hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen. (D. 191.)

Die neue Phase der Entwicklung der Verhältnisse zum Kriegsausbruch, der Eintritt Deutschlands in die Vermittlungsaktion wird eingeleitet durch das Telegramm des deutschen Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Wien, von Tschirschky, vom 27. Juli. (D. 277. 11.50 abends zum Berliner Haupttelegraphenamt, dort abgefertigt 28. Juli 12.45 morgens, auf der Botschaft in Wien angekommen 5.30 morgens).

Dieses Dokument sei, seiner Wichtigkeit entsprechend, hier im Wortlaut wiedergegeben. Es lautet:

No 277.

Der Reichskanzler an den Botschafter in Wien.

Telegramm 169

Berlin, den 27. Juli 1914.

Sir E. Grey ließ mich soeben kommen und bat mich, Ew. Exz. nachstehendes zu übermitteln.

Der serbische Geschäftsträger habe ihm soeben den Wortlaut der serbischen Antwort auf die österreichische Note übermittelt. Aus derselben gehe hervor, daß Serbien den österreichischen Forderungen in einem Umfange entgegengekommen sei, wie er es niemals für möglich gehalten habe; bis auf einen Punkt, der Teilnahme österreichischer Beamter an den gerichtlichen Untersuchungen, habe Serbien tatsächlich in alles eingewilligt, was von ihm verlangt worden sei. Es sei klar, daß diese Nachgiebigkeit Serbiens lediglich auf einen Druck von Petersburg zurückzuführen sei.

Bezüglich sich Oesterreich nicht mit dieser Antwort, bezw. werde diese Antwort in Wien nicht als Grundlage für friedliche Unterhandlungen betrachtet, oder gehe Oesterreich gar zur Besetzung von Belgrad vor, das vollkommen wehrlos dalegt, so sei es vollkommen klar, daß Oesterreich nur nach einem Vorwand suche, um Serbien zu erdrücken. In Serbien solle aber alsdann Rußland getroffen werden und der russische Einfluß auf dem Balkan. Es sei klar, daß Rußland dem nicht gleichgültig zusehen könne und es als eine direkte Herausforderung auffassen müsse. Daraus würde der fürchterlichste Krieg entstehen, den Europa jemals gesehen habe, und niemand wisse, wohin ein solcher Krieg führen könne.

Wir hätten uns, so meinte der Minister, wiederholt und so noch gestern mit der Bitte an ihn gewandt, in Petersburg in mäßigendem Sinne vorteilig zu werden. Er habe diesen Bitten stets gern entsprochen und sich während der letzten Krise Vorwürfe aus Rußland zugezogen, daß er sich zu sehr auf unsere und zu wenig auf ihre Seite stelle. Nun wende er sich mit der Bitte an uns, unsern Einfluß in Wien dahin zur Geltung zu bringen, daß man die Sache entweder als genügend betrachte oder aber als Grundlage für Besprechungen. Er sei überzeugt, daß es in unserer Hand liege, durch entsprechende Vorstellungen die Sache zu erledigen, und er betrachte es als eine gute Vorbedeutung für die Zukunft, wenn es uns beiden abermals gelänge, durch unseren beiderseitigen Einfluß auf unsere Verbündeten den Frieden Europas gesichert zu haben.

Ich fand den Minister zum ersten Male verstimmt. Er sprach mit großem Ernst und schien von uns auf das bestimmteste zu erwarten, daß es unserem Einfluß gelingen möge, die Frage beizulegen. Er wird auch heute ein „statement" im House of Commons machen, worin er seinen Standpunkt zum Ausdruck bringt. Auf jeden Fall bin ich der Ueberzeugung, daß, falls es jetzt doch noch zum Kriege käme, wir mit den englischen Sympathien und der britischen Unterstützung nicht mehr zu rechnen hätten, da man in dem Vorgehen Oesterreichs alle Zeichen üblen Willens erblicken würde.

Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege Gezwungenen dastehen müssen. Unsere Situation ist um so schwieriger, als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken. Erbitte Graf Berchtolds Ansicht über die englische Anregung, ebenso wie über Wunsch Herrn Sasonows, mit Wien direkt zu verhandeln.

Bethmann Hollweg.

Aus diesem Dokument geht hervor, daß die deutsche Regierung den Zeitpunkt zum Bremsen für gekommen hielt, nachdem Oesterreich gegen Serbien genug erreicht habe. Ob und warum es, was Deutschland zum Vorwurf gemacht und der damaligen Regierung als Schuld am Kriege angerechnet wird, zu spät gewesen, ob auch in diesem Fall der psychologische Moment verpaßt worden war, wird aus einer weiteren Betrachtung der deutschen Dokumente dargelegt werden können.

Der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin hatte am 27. Juli dem Berliner Auswärtigen Amt folgendes Memorandum zugestellt. (D. 268.)

No. 268.

Der österreichisch-ungarische Botschafter an das Auswärtige Amt.

Memorandum.

Berlin, den 27. Juli 1914.

Die k. serbische Regierung hat es abgelehnt, die Forderungen, welche wir zur dauernden Sicherung der von ihr bedrohten vitalsten Interessen an sie stellen mußten, zu erfüllen, und zu beweisen, daß sie ihre subversiven, auf die stete Beunruhigung einiger unserer Grenzländer und deren schließliche Lostrennung aus dem Gefüge der Monarchie gerichteten Bestrebungen nicht willens ist, aufzugeben. Wir sind dadurch zu unserem Bedauern und sehr gegen unseren Willen gezwungen worden, Serbien durch die schärfsten Mittel zu einer grundsätzlichen Aenderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen. Daß uns hierbei aggressive Tendenzen fernliegen und daß es ein Akt der Selbstverteidigung ist, wenn wir uns nach Jahren der Duldung endlich entschließen, den großserbischen Wühlereien auch mit dem Schwerte entgegenzutreten, ist der k. deutschen Regierung wohl bekannt.

Es gereicht uns zur aufrichtigen Genugtuung, daß wir bei der k. deutschen Regierung und bei dem ganzen deutschen Volk volles Verständnis dafür finden, daß das nach den Ergebnissen der Untersuchung in Belgrad vorbereitete und von dortigen Sendlingen ausgeführte Attentat von Serajewo unsere Langmut erschöpfen mußte, und daß wir jetzt bestrebt sein müssen, uns mit allen Mitteln Garantien gegen die Fortdauer der gegenwärtigen unleidlichen Verhältnisse an unserer südöstlichen Grenze zu verschaffen.

Wir hoffen zuversichtlich, daß unsere bevorstehende Auseinandersetzung mit Serbien zu keinen weiteren Komplikationen Anlaß geben wird, für den Fall, als dies aber dennoch eintreten sollte, stellen wir mit Bestimmtheit fest, daß Deutschland in oft erprobter Treue seiner Bundespflicht hingehend sein und uns in einem uns aufgezwungenen Kampf gegen einen anderen Gegner unterstützen wird.

Dieses Memorandum steht noch vollständig auf der ursprünglich für das Vorgehen festgelegten Idee, daß Serbien als Werkzeug einer auf die Mattsetzung Oesterreichs abzielenden Politik Rußlands beseitigt werden müsse. Es entsprach dem Programm, einen Präventivkrieg gegen Serbien zu führen, um einen europäischen Krieg als unausbleibliche Folge der serbischen Machenschaften als Hilfsmittel der russischen Vernichtungspolitik Oesterreich gegenüber zu verhüten. Die Durchführung dieser Idee hing davon ab, daß es gelingen werde, das serbische Problem durch Isolierung zu lösen. Dieser Plan war mißlungen. Die Mobilisierungs-Maßnahmen, die Rußland bereits unternahm, zeigten an, daß man entschlossen war, über die Serajewo-Mordtat selbst zum europäischen Kriege zu schreiten. Damit war das Isolierungs-Programm, dessen Chancen an sich bereits geringe waren und durch die Langsamkeit der Wiener Entschlüsse und dementsprechenden Maßnahme noch zweifelhafter geworden waren, erledigt.

Auch England stellte nunmehr das aktuelle Interesse Rußlands an der österreichisch-serbischen Streitfrage ausdrücklich fest. Indem Grey in dem, dem deutschen Reichskanzler als Unterlage für den Entschluß Deutschlands zur Vermittlungsaktion der Wiener Regierung zur Kenntnis gebrachten Gespräch des britischen Auslandministers mit dem deutschen Botschafter in London von dem Entgegenkommen Serbiens spricht, so fordert dies einen Vergleich mit heute obwaltenden Verhältnissen heraus. Das damalige Entgegenkommen Serbiens machte, nach Greys eigener Feststellung, an der Forderung der Teilnahme österreichischer Beamter an den gerichtlichen Untersuchungen der Mordtat von Serajewo halt. Diese Forderung wurde zurückgewiesen, weil sie eine Verletzung der serbischen Souveränität bedeute. Damals galt die Verletzung einer Souveränität Serbiens schon als Grund für die Entfesselung des europäischen Krieges. Heute aber wird als selbstverständlich, ja als ein ganz außergewöhnliches Zugeständnis an die Gefühle der Deutschen und an die Notwendigkeit, den Frieden zu stabilisieren, ausposaunt, wenn die Entente sich mit der Forderung begnügt, bei der Prozessierung der „Kriegsfrevler" von deutschem Gericht durch eigene Vertreter teilzunehmen. Etwas anderes hatte auch Oesterreich von Serbien nicht gefordert und doch damit die damalige Entrüstung ob der „Verletzung der serbischen Souveränität" hervorgerufen. Oesterreich bestand auf seiner Forderung, wohl wissend, daß sonst das Prozeßverfahren gegen die Fürstenmörder eine Farce sein müsse.

Darum mußte aus dem österreichisch-serbischen Streit, der nicht zu lokalisieren war, ein österreichisch-russischer Konflikt werden, welcher ein europäisches Problem, die Gefahr eines europäischen Krieges, herauf beschwor. Die serbische Frage spitzte sich auf eine Kraftprobe zwischen Dreibund und Dreiverband zu. Das wird in einer Depesche des deutschen Botschafters in London an das Berliner Auswärtige Amt vom 27. Juli (aufgegeben in London 5.8 nachmittags, angekommen im Auswärtigen Amt 8.40 abends. Eingangsvermerk: 28. Juli vorm.) ausdrücklich festgestellt: Es heißt da:

„Der Eindruck greift hier immer mehr Platz, und das habe ich aus meiner Unterredung mit Sir Edward Grey deutlich entnommen, daß die ganze serbische Frage sich auf eine Kraftprobe zwischen Dreibund und Dreiverband zuspitzt. Sollte daher die Absicht Oesterreichs, den gegenwärtigen Anlaß zu benützen, um Serbien niederzuwerfen (to crush Servia, wie Sir Edward sich ausdrückte), immer offenkundiger in Erscheinung treten, so wird England, dessen bin ich gewiß, sich unbedingt auf Seite Frankreichs und Rußlands stellen, um zu zeigen, daß es nicht gewillt ist, eine moralische oder gar militärische Niederlage seiner Gruppe zu dulden. Kommt es unter diesen Umständen zum Krieg, so werden wir England gegen uns haben. Denn die Empfindung, daß der Krieg angesichts des weitgehenden Entgegenkommens der serbischen Regierung sich hätte vermeiden lassen, wird für die Haltung der britischen Regierung von ausschlaggebender Bedeutung sein." (D. 265.)

Die Situation am 27. Juli 1914 war, den vorliegenden deutschen Dokumenten entsprechend, also folgende: Der Versuch, die Austragung des Streites zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren, war gescheitert, und zwar nicht nur an der deutlichen Entschlossenheit Rußlands zu einem Kriege mit Oesterreich und eventuell auch mit Deutschland, sondern auch an der Haltung Englands, welches, nach der oben angeführten Auskunft des Fürsten Lichnowsky, des deutschen Botschafters in London, unter den Eindruck geraten war, daß es auf eine „Kraftprobe zwischen dem Dreibund und dem Dreiverband" abgesehen sei.

Wenn die deutsche Regierung sich in solchem kritischen Moment zur Teilnahme an einer Vermittlungs-Aktion unter Zustimmung zu Vorschlägen Englands und Rußlands entschloß, so konnte dieser Entschluß nur von der Absicht und dem Willen, die Kraftprobe zwischen Dreibund und Dreiverband zu vermeiden, diktiert sein, wobei die Frage, ob der Zeitpunkt nicht bereits zu spät, immer noch offen gelassen worden. Jedenfalls wurde damals bereits mit Hochdruck daran gearbeitet, die gesamte Verantwortung Deutschland aufzubürden. Schon am 24. Juli meldete der deutsche Botschafter dem Berliner Auswärtigen Amt, die Stimmung in Paris gehe dahin, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden jetzt wesentlich bei Berlin liege. (D. 252). In einem der vielen Gespräche zwischen dem deutschen Botschafter in London und dem britischen Auslandminister Sir Edward Grey äußerte sich der letztere, am 27. Juli, dahin, alle Welt sei davon überzeugt, daß der Schlüssel der Lage in Berlin zu suchen sei; „wolle Berlin wirklich den Frieden, so wäre es in der Lage, Oesterreich davon abzuhalten, eine, wie Grey sich ausdrückte, tollkühne Politik zu treiben." (D. 258.) Die Propaganda, Deutschland die Schuld am Kriege zuzuschieben, hatte also bereits eingesetzt, bevor es überhaupt zum Kriege gekommen war, und schon zur Zeit, da die deutsche Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an der Vermittlungs-Aktion unter Zustimmung zu den Vorschlägen Londons und den Anregungen Petersburgs aussprach.

Den ersten Vermittlungsversuch-Ballon ließ England unter dem Eindruck der österreichisch-ungarischen Note an Serbien am 24. Juli aufsteigen. Unter diesem Datum berichtet der deutsche Botschafter in London über ein Gespräch mit Grey, in welchem sich dieser folgendermaßen geäußert habe:

„Die Gefahr eines europäischen Krieges sei, falls Oesterreich serbischen Boden betrete, in nächste Nähe gerückt. Die Folgen eines solchen Krieges zu hier, er betonte ausdrücklich die Zahl vier und meinte damit Rußland, Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Frankreich (England selbst und Italien waren also noch außer Betracht geblieben) seien vollkommen unabsehbar. Wie auch immer die Sache verlaufe, eines sei sicher, daß nämlich eine gänzliche Erschöpfung und Verarmung Platz greife, Industrie und Handel vernichtet und die Kapitalkraft zerstört werde. Revolutionäre Bewegungen wie im Jahre 1848 infolge der darniederliegenden Erwerbstätigkeit würden die Folge sein. (Diese damalige Prophezeiung Greys ist denn auch ja wörtlich eingetroffen.) Was Sir Edward am meisten beklagt, neben dem Ton der Note, ist die kurze Befristung, die den Krieg beinahe unvermeidlich mache. Er sagte mir, er würde bereit sein, mit uns zusammen im Sinne einer Fristverlängerung in Wien vorstellig zu werden, da sich dann vielleicht ein Ausweg finden lasse. Er bat mich, diesen Vorschlag Ew. Exzellenz zu übermitteln. Ferner regte er an, daß für den Fall einer gefährlichen Spannung zwischen Rußland und Oesterreich, die hier nicht unmittelbar beteiligten Staaten England, Deutschland, Frankreich und Italien zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn die Vermittlung übernehmen sollten. Auch diesen Vorschlag hat er mich, Ew. Exz. zu unterbreiten. (D. 157.)

Deutschland lehnt, damals noch auf dem Standpunkt der Nichtintervention stehend, jede Einwirkung auf Oesterreich in dessen Streit mit Serbien ab, stellt aber seine Bereitschaft, vorbehaltlich seiner Bündnispflichten, fest, mit den anderen Großmächten in eine Vermittlungs-Aktion zwischen Oesterreich und Rußland, sollte eine solche notwendig oder wünschenswert werden, einzutreten (D. 19.). Das geschah schon am 25. Juli, und zwar von deutscher Seite immer noch in der Erwartung, daß Rußland aus dem österreichisch-serbischen Konflikt herausgehalten werden könne. Es folgte nun ein kurzes Versteckspiel zwischen Berlin und London; ersteres versteckte sich hinter seiner Bündnispflicht Oesterreich gegenüber und letzteres hinter seiner Freundschaft mit Rußland.

Es wurde ein Spiel und Gegenspiel zwischen der deutschen Auffassung, welche welche die österreichisch-serbische Streitfrage als eine nur die zwei Staaten angehende und daher jede fremde Einmischung ausschließende Angelegenheit darstelle, und dem britischen Drängen, diese Frage zu einer europäischen zu erweitern und sie der Entscheidung Europas zu unterbreiten. In diesem Spiel und Gegenspiel ist es der britischen Diplomatie gelungen, die deutsche aus ihrer Position heraus zu manövrieren. Am 26. Juli kam England mit dem Vorschlag einer in London abzuhaltenden Vierer-Konferenz heraus, welcher als eine Art „europäischer Areopag" gedacht war. Der deutsche Botschafter in London berichtete darüber unter dem Datum des 26. Juli an das Auswärtige Amt in Berlin:

No. 236.

Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt.

Telegramm 161.

London, den 26. Juli 1914.

Habe soeben Sir A. Nicolson und Sir W. Tyrrell gesprochen. Nach hier vorliegenden Nachrichten sieht allgemeine Einberufung russischer Reservisten nicht bevor, sondern nur partielle Mobilisierung fern unseren Grenzen. Beide Herren erblicken im Vorschlage Sir E. Greys, hier Konferenz zu vier abzuhalten, einzige Möglichkeit, allgemeinen Krieg zu vermeiden und hoffen, daß es hierdurch gelingen werde, Oesterreich volle Genugtung zu verschaffen, da Serbien eher geneigt sein würde, dem Druck der Mächte zu weichen und sich in harten verletzenden Hüllen zu fügen als den Drohungen Oesterreichs. Unbedingte Voraussetzung sei aber für Gelingen der Konferenz und für Erhaltung Friedens, daß alle militärischen Bewegungen unterbleiben. Sei erst serbische Grenze überschritten, so wäre alles verloren, denn keine russische Regierung würde dies dulden können und zum Angriff gegen Oesterreich zu schreiten gezwungen sein, falls sie nicht ihrer Stellung bei den Bundesstaaten für immer verlustig gehen wollte. Sir W. Tyrrell, der Sir E. Grey noch gestern abend gesehen hat und von dessen Ansichten genau unterrichtet ist, wies mich wiederholt und mit Nachdruck auf die ungeheure Wichtigkeit hin, daß bis zur Erledigung der Konferenzfrage serbisches Gebiet nicht berührt werde, da sonst alle Bemühungen vergeblich und der Weltkrieg unabwendbar sei. Die in Berlin erhoffte Lokalisierung des Konflikts sei vollkommen unmöglich und müsse aus der praktischen Politik ausscheiden. Gelänge uns beiden, Sr. M. dem Kaiser bezw. dessen Regierung und Vertretern im Verein mit Sir E. Grey, den europäischen Frieden zu retten, so seien die deutsch-englischen Beziehungen für immerwährende Zeiten auf eine sichere Grundlage gestellt. Gelänge dies nicht, so stehe alles in Frage.

Ich möchte dringend davor warnen, an die Möglichkeit der Lokalisierung auch fernerhin zu glauben, und die geborsamste Bitte aussprechen, unsere Haltung einzig und allein von der Notwendigkeit leiten zu lassen, dem deutschen Volke einen Kampf zu ersparen, bei dem es nichts zu gewinnen und alles zu verlieren hat.

Sir E. Grey kehrt heute abend zurück.

Lichnowsky.

Die schließliche Annahme dieses Vermittlungs-Vorschlages nach fast krampfhaften Versuchen, den eigenen Nichtinterventions-Standpunkt durchzusetzen, bildet den Inhalt der oben angeführten Dokumente 277 und 278. Der deutsche Reichskanzler unterbreitet der Wiener Regierung durch Vermittlung des dortigen deutschen Botschafters den englischen Vermittlungsvorschlag zur Erwägung mit der Feststellung, daß die deutsche Regierung die Rolle des Vermittlers nicht länger abweisen könne. Zugleich wird die britische Regierung durch den deutschen Botschafter in London von der Uebernahme der Vermittlerrolle zwischen Wien und Petersburg seitens Deutschlands mit der Benachrichtigung, daß auch der Wunsch Sasonows (des russischen Auslandministers) nach einer direkten Aussprache mit Wien dort unterbreitet worden sei, in Kenntnis gesetzt.

Dieser russische Wunsch nach einer direkten Aussprache mit Wien deutete die Vornahme eines Frontwechsels auch Petersburgs an. Die Unterredungen zwischen Sasonow und dem deutschen Botschafter Graf Pourtalès nahmen einen weniger erregten Ton an. Der russische Auslandminister stellt sein Schimpfen auf Oesterreich ein: „Ich hege keinen Haß gegen Oesterreich, aber Verachtung" (D. 204) und sein Säbelgerassel: „Wenn Oesterreich versuchen sollte, Serbien zu verschlingen, werden wir mit ihm Krieg führen." (D. 160.) Am 26. Juli meldete Graf Pourtalès an das Berliner Auswärtige Amt (D. 217), er habe Sasonow viel ruhiger angetroffen. Es läge, äußerte er, Rußland nichts ferner, als den Krieg zu wünschen. Er sei bereit, alle Mittel, durch welche der Krieg verhütet werden könnte, zu erschöpfen. Man müsse eine Brücke finden. In den Kreisen der Erhaltung des Friedens geneigter, monarchistisch gesinnter höherer Offiziere in der Umgebung des Zaren sah man als bestes Mittel, den Frieden zwischen den Großmächten zu erhalten, daß sich der Deutsche Kaiser persönlich in direkte telegraphische Verbindung mit dem Zaren setze. Dieses Telegramm müßte an das monarchistische Gefühl des Zaren appellieren und auf den schweren Stoß, welchen der monarchistische Gedanke durch den Mord von Serajewo erlitten habe, sowie auf die den Monarchien im Fall einer allgemeinen europäischen Konflagration drohenden Gefahren hinweisen. (D. 229.) Damit war zum ersten Mal die Idee der Kaisertelegramme angregt, als die ultima ratio des Friedens nach dem Versagen der diplomatischen Mittel. Ein solches Telegramm war denn auch bereits im Entwurf fertiggestellt (D. 233), es ist aber nicht abgesandt worden. Eine Randbemerkung des Reichskanzlers zu der Pourtalès-Depesche besagt: „S. M. will einstweilen keine Depesche an den Zaren schicken."

In einer weiteren Depesche des Grafen Pourtalès vom 26. Juli (D. 238) ist zum ersten Mal von der Idee einer direkten Aussprache zwischen Wien und Petersburg die Rede. Der deutsche Botschafter selbst hat eine solche Aussprache angeregt. Es wäre vielleicht der Versuch zu machen, mit Oesterreich-Ungarn unverzüglich Fühlung zu nehmen; zwischen Oesterreich und Rußland eine Basis zu vereinbaren. „Sasonow erklärte, er wolle sofort im Sinne meines Vorschlags an den russischen Botschafter in Wien telegraphieren. Ich habe Eindruck, daß Sasonow, vielleicht infolge von Nachrichten aus Paris und London, etwas die Nerven verloren hat und nach Auswegen sucht."

Dieser Wunsch Sasonows auf direkte Aussprache mit Wien ist dann dem österreichisch-ungarischen Auslandminister Grafen Berchtold, den oben mitgeteilten Depeschen an den deutschen Botschafter in Wien und London (D. 277 und 278) mitgeteilt worden.

Darnach hatte die Vermittlungs-Aktion zwei Wege eingeschlagen. Einmal durch die Bereitschaft Berlins, die Vermittlungsrolle, dem Vorschlag Englands entsprechend, anzunehmen und zweitens durch eine in Vorschlag gebrachte direkte Aussprache zwischen Petersburg und Wien. Damit hatte die deutsche Regierung ihren bisherigen Standpunkt, daß der österreichisch-serbische Zwist eine ausschließlich diese beiden Länder angehende Angelegenheit sei, aufgegeben, und die Auffassung, daß es sich um eine europäische Frage handele, sich durchgesetzt. Es galt nun nicht mehr, den Konflikt zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren, sondern den europäischen Krieg zu verhüten. Damit war eine neue Phase der Entwicklung, welche zur europäischen Konflagration und schließlich zum Weltkrieg führen sollte, eröffnet.

* * *

Für die Beantwortung der Frage, ob es Rußland mit seinem Frontwechsel ernst gewesen war, ist die Betrachtung der kriegerischen Vorbereitungsmaßregeln, welche Rußland zu gleicher Zeit betrieb, von Bedeutung. Hierüber geben die vorliegenden deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch folgende Aufschlüsse:

Am 25. Juli berichtet der deutsche Botschafter in Petersburg dem Auswärtigen Amt, er habe den Eindruck, daß man alle Vorbereitungen zur Mobilmachung gegen Oesterreich treffe. Die Truppenübungen seien abgebrochen, die Regimenter in ihre Garnisonen zurückbefördert, die Kriegsschüler jetzt bereits, anstatt wie sonst üblich erst im Herbst, zu Offizieren befördert worden. (D. 194.) Den nächsten Tag läßt der Reichskanzler den deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, wissen, er habe Nachrichten, daß in Rußland die Einberufung mehrerer Reservejahrgänge unmittelbar bevorstände, was einer Mobilmachung auch gegen Deutschland gleichkommen würde. Bewahrheite sich diese Nachricht, so sei Deutschland zur Ergreifung von Gegenmaßregeln gezwungen. (D. 199.) Am selben Tag telegraphiert Pourtalès aus Petersburg, der dortige deutsche Militär-Attaché bitte ihn, folgende Mitteilung dem Generalstab zu übermitteln: „Halte für sicher, daß Mobilmachung für Kiew und Odessa befohlen. Warschau und Moskau fraglich. Die anderen wohl noch nicht." (D. 216.) Daraufhin drahtet der Reichskanzler dem Grafen Pourtalès in Petersburg, die militärischen Maßnahmen Rußlands würden Deutschland „Gegenmaßregeln zwingen, welche nur in der Mobilmachung bestehen könnten. Das würde den Krieg gegen Rußland und Frankreich angesichts der gegenseitigen Verpflichtungen bedeuten und müßte zum europäischen Kriege führen, den Rußland doch nicht wollen dürfte. (D. 219). Pourtalès aus Petersburg an Auswärtiges Amt am 26. Juli: „Habe Herrn Sasonow in Kreisen hiesiger fremder Militär-Attachés verbreitete Nachricht angeredet, wonach angeblich an mehrere russische Armekorps der Westgrenze Mobilmachungsordre ergangen sei. Ich habe dabei auf große Gefahr solcher Maßregel, die leicht Gegenmaßregeln hervorrufen könnte, hingewiesen. Minister erwiderte, er könne mir garantieren, daß keinerlei Mobilmachungsordre ergangen, vielmehr im Ministerrat beschlossen worden sei, mit einer solchen zu warten, bis Oesterreich-Ungarn feindliche Haltung gegen Rußland einnehme. Daß „gewisse militärische Vorbereitungen, um nicht überrascht zu werden," schon jetzt getroffen würden, gab Herr Sasonow zu." (D. 230.)

Am 27. Juli trifft im Berliner Auswärtigen Amt folgende Nachricht vom deutschen Admiralsstab ein: „Ein Agent meldet: „Vom Gehilfen des Petersburger Bezirkskommandos ist mir folgendes bekannt: Rußland mobilisiert im stillen, um Serbien gegebenenfalls zu unterstützen. In Petersburg waren vor ca. 10 Tagen auf dem Bezirkskommando die Einberufungen für ca. 300,000 Mann und 20,